

Stand: 25.06.2026 19:57:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3708

"Haushaltsplan 2015/2016; hier: Angleichung der sogenannten "Gitterzulage" im Bereich der Justiz an die im Polizeidienst gewährte Zulage (Kap. 04 05 Tit. 422 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3708 vom 27.10.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4428 des HA vom 05.11.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014 (EPL 4)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier, Peter Winter, Petra Guttenberger, Heinrich Rudrof, Martin Bachhuber, Petra Dettenhöfer, Wolfgang Fackler, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle, Harald Kühn, Andreas Lorenz, Tobias Reiß, Dr. Franz Rieger, Martin Schöffel, Reserl Sem, Klaus Stöttner, Karl Straub, Ernst Weidenbusch, Manuel Westphal, Georg Winter, Mechthilde Wittmann CSU**

Haushaltsplan 2015/2016;

hier: Angleichung der sogenannten „Gitterzulage“ im Bereich der Justiz an die im Polizeidienst gewährte Zulage (Kap. 04 05 Tit. 422 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Doppelhaushalt 2015/2016 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Bei Kap. 04 05 Tit. 422 01 wird der Ansatz für das Jahr 2015 um 2.100,0 Tsd. Euro von 187.823,6 Tsd. Euro auf 189.923,6 Tsd. Euro und für das Jahr 2016 um 2.100,0 Tsd. Euro von 192.062,5 Tsd. Euro auf 194.162,5 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

Nach Art. 34 Abs. 2 BayBesG erhalten Beamte und Beamtinnen, die in bestimmten Tätigkeitsbereichen verwendet werden, eine Zulage für besondere Berufsgruppen. Diese Tätigkeitsbereiche weisen alle Besonderheiten auf, die sich von den Anforderungen, die der allgemeinen Ämterbewertung zugrunde liegen, erheblich abgrenzen. Dazu gehören z.B. das Erfordernis, in schwierigen Situationen unter physischer und psychischer Belastung schnell verantwortliche, möglicherweise einschneidende Maßnahmen (Eingriffe) treffen zu müssen, und die Bereitschaft, in Erfüllung der übertragenen Aufgaben gegebenenfalls Leben und Gesundheit einzusetzen. Danach erhalten

Beamte und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst (Art. 1 des Polizeiorganisationsgesetzes, Art. 1 des Polizeiaufgabengesetzes) eine Zulage nach einer Dienstzeit von einem Jahr in Höhe von derzeit 69,61 Euro und nach einer Dienstzeit von zwei Jahren in Höhe von derzeit 139,23 Euro. Die Wartezeit von einem Jahr ist dem Umstand geschuldet, dass die Beamten und Beamtinnen erst nach Abschluss der einjährigen Grundlagenausbildung in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden und Grundbezüge als Polizeioberwachmeister und Polizeioberwachmeisterinnen erhalten. Sie sind damit statusrechtlich den Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen gleichgestellt und erfüllen die Tatbestandsvoraussetzungen für die Zulage. Während des Beamtenverhältnisses auf Probe sind die Beamten und Beamtinnen jedoch noch ein Jahr und fünf Monate in Ausbildung. Beamte und Beamtinnen in Justizvollzugsanstalten, an der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing, in abgeschlossenen Vorführbereichen der Gerichte sowie in geschlossenen Abteilungen oder Stationen bei psychiatrischen Krankenhäusern oder bei Entziehungsanstalten (Art. 28 Abs. 1 Satz 1 des Unterbringungsgesetzes), die ausschließlich dem Vollzug von Maßregeln der Sicherung und Besserung dienen, erhalten eine Zulage in Höhe von derzeit 104,42 Euro. Der Anspruch auf die Zulage setzt keine Wartezeit voraus. Die Zulage können auch Anwärter und Anwärterinnen erhalten, die ihre Ausbildung bei den Justizvollzugsanstalten in der Regel im Untersuchungshaftvollzug und im Strafvollzug an Jugendlichen und Erwachsenen ableisten. Nachdem die Beamten und Beamtinnen bei einer Verwendung in den vorgenannten Tätigkeitsbereichen vergleichbaren Belastungen ausgesetzt sind, wird die Zulage für Beamte und Beamtinnen in Justizvollzugsanstalten, an der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing, in abgeschlossenen Vorführbereichen der Gerichte sowie in geschlossenen Abteilungen oder Stationen bei psychiatrischen Krankenhäusern oder bei Entziehungsanstalten (Art. 28 Abs. 1 Satz 1 des Unterbringungsgesetzes), die ausschließlich dem Vollzug von Maßregeln der Sicherung und Besserung dienen, auf das Niveau der Zulage für Beamte und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst (nach einer Dienstzeit von zwei Jahren) in Höhe von derzeit 139,23 Euro angehoben.

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4428 des HA vom 05.11.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Heinrich Rudrof

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Franz Schindler

Abg. Florian Streibl

Abg. Dr. Sepp Dürr

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3707 mit 17/3709)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3736 mit 17/3756)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3702 mit 17/3706, 17/3729 und 17/3864)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/3613 mit 17/3616)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprachezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Die Redezeiten für die einzelnen Fraktionen sind bekannt. Bevor ich die Aussprache eröffne, darf ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion für die Schlussabstimmung wiederum namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt darf ich die Aussprache eröffnen und erteile als Erstem Herrn Kollegen Rudrof für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Heinrich Rudrof (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor der Einzelplan 04 hier ins Plenum kommen konnte, haben wir uns mit ihm im Haushaltsausschuss, wie ich denke, konstruktiv und intensiv auseinandergesetzt. Dafür danke ich allen Kolleginnen und Kollegen, auch denen im Fachausschuss, ganz besonders. Ich danke aber auch Herrn Staatsminister Professor Dr. Winfried Bausback, weil er alles, wirklich alles einsetzt, damit die Justiz ihren Auftrag gegenüber der Gesellschaft, den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land und der Wirtschaft erfüllt. Herzlichen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, eine funktionierende Justiz ist von elementarer Bedeutung für Rechtsfrieden, Rechtssicherheit, Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat sowie natürlich auch für den Wirtschaftsstandort Bayern.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich meine, dem trägt der Justizhaushalt in wirklich vollem Umfang Rechnung. Die Eckpunkte zeigen, dass wir erhebliche Mittel aufwenden, um auch künftig eine schnell und auf hohem Niveau arbeitende Justiz zu gewährleisten. Das kann man allein daran erkennen, dass sich die Gesamtausgaben des Justizhaushalts im Jahr 2015 um 51,8 und im Jahr 2016 um weitere 51,5 Millionen Euro auf dann 2,2 Milliarden Euro erhöhen. Im Vergleich zum Jahr 2012 – das ist noch nicht lange her –, in dem das Volumen des Justizhaushalts noch circa 1,8 Milliarden Euro betragen hat, ist das eine mehr als beachtliche Steigerung.

Dabei ist der Justizhaushalt zwar ein relativ kleiner, aber auch ein besonderer Haushalt – klein, weil er, gemessen am Gesamthaushalt, nur etwas mehr als 4 % ausmacht, besonders, weil fast die Hälfte seiner Ausgaben – über 1 Milliarde Euro – aus Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgeldern eingenommen wird. Die Einnahmen-/Kosten-Deckung, wenn Sie so wollen, wird im Jahr 2015 fast 58 % betragen. Das ist wohl unter den Einzelplänen einmalig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wichtige Verbesserungen gibt es im personellen Bereich. Hier möchte ich die bemerkenswerte Tatsache hervorheben, dass die Justiz insgesamt 350 neue Stellen erhält. Ich kann mich nicht erinnern, dass es – zumindest in dem Zeitraum, den ich überblicken kann – in einem Justiz-Doppelhaushalt schon einmal einen solchen Stellenzuwachs gegeben hat. Schon im Regierungsentwurf waren 150 neue Planstellen enthalten. Davon entfallen 117 auf den Justizvollzugsdienst und 33 auf den Rechtspflegerbereich sowie auf die Neueinführung des elektronischen Rechtsverkehrs.

Darüber hinaus erhält die Justiz 100 Anwärterstellen für Justizfachwirte. Ich meine, das ist ein Signal an alle jungen Menschen, das zeigt, dass es im Bereich der bayerischen Justiz durchaus interessante berufliche Perspektiven gibt. Über die Nachschubliste werden schließlich dank des persönlichen Einsatzes unseres Ministerpräsidenten – schade, dass er heute nicht da ist; aber an dieser Stelle ein herzlicher Dank an ihn – 100 weitere Stellen geschaffen, die dem Bereich der Strafgerichtsbarkeit zugute kommen sollen. Hierunter fallen 55 neue Stellen für Richter und 20 für Staatsanwälte. Damit können neue Strafkammern und ein neuer Strafschutzsenat geschaffen werden. Auch wenn die Opposition das sicherlich anders sieht, meinen wir, dass die Verbesserungen im Stellenplan ein großer Erfolg sind.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich könnte der personelle Bereich – hier wende ich mich an die Opposition – noch ein Mehr vertragen. Aber auch das Justizressort muss sich der Gesamtverantwortung für den Doppelhaushalt stellen, und ich füge hinzu: Das Justizministerium tut dies auch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Sachhaushalt nur einige Punkte in aller Kürze, die mir besonders wichtig sind. Ich möchte erwähnen, dass die Mittel für das Projekt e-justice, also elektronische Akten, im Jahr 2015 um 2 Millionen Euro und im Jahr 2016 um 4 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird die Justiz in die Lage versetzt, mit der Zeit zu gehen, eine moderne Arbeitsumgebung zu bieten und zugleich nachdrückliche Forderungen der Anwaltschaft zu erfüllen.

Im Bereich des Strafrechts sind bekanntlich Präventionsprojekte sehr wichtig, damit Verbrechen erst gar nicht geschehen. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Anmeldungen zum Projekt "Kein Täter werden" und zu den Fachambulanzen für Sexual- und Gewaltstraftäter vollständig veranschlagt wurden. Weil das Folgende immer wieder ein Thema war, möchte ich es der Vollständigkeit halber kurz erwähnen: Der Ansatz für Forschungsaufgaben wurde auf 245.000 Euro pro Jahr aufgestockt. Das bedeutet

auch, dass die weitere Finanzierung der Taskforce "Schwabinger Kunstfund" gesichert ist. Zu ihrer Finanzierung tragen auch Bundesmittel bei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erfreulicherweise wird der Freistaat für die in der Justiz Beschäftigten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Dafür wurde ein neuer Zuschusstitel geschaffen, mit dem insbesondere Ferienbetreuungsprojekte bezuschusst werden können. Unsere Justiz ist also durchaus familienfreundlich, was ihre Bediensteten betrifft.

Ich komme zu den Baumaßnahmen, die Gerichte, Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten betreffen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in allen Bereichen werden die Mittel für Bauunterhalt und kleine Baumaßnahmen deutlich angehoben. In den Ansätzen sind auch Mittel in Höhe von rund 5,2 Millionen Euro enthalten, die speziell für die Verbesserung der Barrierefreiheit in den Justizgebäuden vorgesehen sind. Davon gehen 3 Millionen Euro auf eine Initiative der CSU-Fraktion zurück. Sie stockte durch ihre Initiative den Justizhaushalt um insgesamt 7,2 Millionen Euro auf. Herzlichen Dank allen Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang sage ich der Kollegin Petra Guttenberger, unserer Arbeitskreisleiterin, einen herzlichen Dank für ihr engagiertes Eintreten. Das gilt auch für den Haushaltsausschussvorsitzenden Peter Winter. Euch beiden besonders herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zu den Baumaßnahmen zurück. Die Hochbaumaßnahmen betreffend Anlage S werden mit 78 Millionen Euro im Jahr 2015 und 79 Millionen Euro im Jahr 2016 dotiert. Damit können sämtliche laufenden Baumaßnahmen bei Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten bayernweit bedarfsgerecht finanziert werden.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, all das zeigt, dass die bayerische Justiz in den kommenden beiden Jahren in fast allen Bereichen mit höheren finanziellen Mitteln planen und arbeiten kann. Das bedeutet auch, unsere Justiz ist für die kommenden beiden Jahre finanziell sehr gut aufgestellt. Das ist gut so; denn ein intakter Rechtsstaat braucht gute Rahmenbedingungen für eine moderne und leistungsfähige Justiz, die unsere Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns als Gesetzgeber erwarten.

Lassen Sie mich zum Schluss unserer Justiz für ihre Arbeit danken. Ich danke unseren Richtern, Beamten und Herrn Minister Professor Winfried Bausback an der Spitze des Hauses ganz herzlich. Wir alle sollten das so sehen und unserer Justiz für ihre schwere Arbeit Rückendeckung geben. Wie und wann? – Am besten heute durch Zustimmung zum Haushalt 2015/2016.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat der Kollege Franz Schindler von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Franz Schindler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Rudrof, wo leben Sie denn eigentlich, wenn Sie alles so positiv darstellen?

(Unruhe bei der CSU)

Haben Sie nicht die vielen Eingaben und Beschwerden zur Kenntnis genommen, die sich zum Beispiel auf die Personalsituation in manchen Justizvollzugsanstalten beziehen haben und den Umstand betrafen, dass 41 Gefangene aus der Untersuchungshaft entlassen werden mussten, weil unsere Strafgerichte überlastet waren? – Ich glaube nicht, dass die Darstellung, die Sie hier vorgebracht haben, mit der Realität in Übereinstimmung zu bringen ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, leider ist es in der knappen Redezeit nicht möglich, die Situation der bayerischen Justiz und des Justizvollzugs sowie den Justizhaushalt 2015/2016 in angemessener Weise zu beschreiben und zu bewerten. Deshalb nur folgende wenige Anmerkungen:

Erstens. Die Justiz ist nicht irgendein Teil der Staatsverwaltung, sondern die dritte Gewalt, und sie ist systemrelevant im besten Sinne. Schon deshalb muss jeder Haushalts- und Stellenplan für die Justiz anderen Maßstäben genügen als die Haushalte anderer Ministerien.

Zweitens. Aufgabe der Justiz ist es, den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Handwerksbetrieben und den multinationalen Konzernen zu ihrem Recht zu verhelfen, ihnen Rechtssicherheit im Grundbuch, im Handelsregister oder im Erbrecht zu verschaffen, gegen Verdächtige zu ermitteln, Verfahren einzustellen oder Anklage zu erheben und dann Angeklagte entweder schuldig oder freizusprechen.

Drittens. Bei der Erfüllung ihrer Aufgabe und bei den jeden Tag zu treffenden Entscheidungen, was Recht ist und was nicht, ist die Justiz unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. In einem entwickelten Rechtsstaat dürfen nur Gerichte über Gerichte entscheiden, nicht aber Politiker und auch nicht Journalisten. Angesichts unserer Geschichte ist es bedauerlich, immer wieder daran erinnern zu müssen.

Viertens. Meine Damen und Herren, Wesensmerkmal unserer freiheitlichen Verfassung ist die Unabhängigkeit der Richter, die jedoch kein Freibrief für Willkür sein darf und keine gottähnliche Unantastbarkeit gewährt. Eine unabhängige und nur dem Gesetz unterworfenen Justiz muss deshalb transparent sein und erklären, warum eine Frage so und nicht anders entschieden worden ist. Sie muss auch bereit sein, Kritik der Öffentlichkeit zu akzeptieren. Sie darf gelegentlich aber auch gelobt werden. Ich will das tun und dem für das NSU-Verfahren zuständigen Senat am Oberlandesgericht

München ausdrücklich für das intensive Bemühen danken, die Wahrheit ans Licht zu bringen, auch wenn nicht alle Erwartungen erfüllt werden können.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Kritik an Entscheidungen von Staatsanwaltschaften und Gerichten nimmt allerdings gefühlt ständig zu. Zum Beispiel versteigt sich ein ehemaliger Bundesminister dazu, ein Buch zu schreiben, in dem er der Justiz pauschal vorwirft, sich zu überschätzen und systematisch willkürlich zu entscheiden.

Die richtige Ausübung und der richtige Gebrauch der richterlichen Unabhängigkeit setzen starke Richterpersönlichkeiten voraus. Idealerweise müsste vor der Ernennung eines Richters nicht nur auf die Noten in den Staatsexamen gesehen werden, wie es zum Beispiel bei dem Richter in Lichtenfels der Fall war, sondern auch darauf, ob er oder sie neben hervorragenden Rechtskenntnissen auch über sonstige Kompetenzen für die Ausübung des Richterberufs verfügt. Die Anstellung ausschließlich nach der Note ist zwar sicher nicht das schlechteste Verfahren, aber gewiss auch nicht das beste.

Das System der Elitenbildung von Richtern und Staatsanwälten in der Justiz ist völlig intransparent und reformbedürftig. Wir treten deshalb weiterhin für mehr Mitbestimmungsrechte der Richter- und Staatsanwaltsräte und, dem Beispiel anderer Länder folgend, für die Einrichtung von Richterwahlausschüssen ein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Staatsanwaltschaften und Gerichte können ihren Arbeitsumfang nicht selbst bestimmen, sondern müssen erledigen, was auf den Tisch kommt. Das wird wegen der zunehmenden Komplexität von Gesetzen und neuen Vorschriften und auch deshalb, weil heutzutage jeder rechtsschutzversichert ist, immer mehr. Da die Gerichte verpflichtet sind, Recht zu gewähren, sind der Gesetzgeber und die Justizverwaltung aber auch verpflichtet, für die hierfür erforderliche sachliche und

personelle Ausstattung zu sorgen. Das gilt nicht nur, aber insbesondere in Strafsachen. Das Bundesverfassungsgericht hat erst vor Kurzem in einem Beschluss zu einer Verfassungsbeschwerde gegen die Aufrechterhaltung von Untersuchungshaft in dankenswerter Deutlichkeit ausgedrückt, dass die Überlastung eines Gerichts in den Verantwortungsbereich der staatlich verfassten Gemeinschaft fällt, und wörtlich: Dem Beschuldigten darf nicht zugemutet werden, eine Aufrechterhaltung des Haftbefehls nur deshalb in Kauf zu nehmen, weil der Staat es versäumt, seiner Pflicht zur verfassungsgemäßen Ausstattung der Gerichte zu genügen.

Meine Damen und Herren, dass es mittlerweile sogar ein Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren gibt, spricht Bände. Das, lieber Herr Kollege Rudrof, und nicht das Bemühen, die Versäumnisse der vielen letzten Jahre auszugleichen, muss der Maßstab für den Justizhaushalt sein.

Nun einige konkrete Anmerkungen zum Haushalt. - Trotz der Schaffung neuer Stellen für Richter und Staatsanwälte im Doppelhaushalt 2013/2014 haben auf der Grundlage des amtlichen Berechnungssystems zum Ende des Jahres 2013 eben immer noch 418 Stellen gefehlt. Wir anerkennen, dass auch im vorliegenden Haushalt neue Stellen für Richter und Staatsanwälte vorgesehen sind, und freuen uns, dass wenigstens ein Teil der von uns seit Jahren fast schon rituell immer wieder geforderten Stellen nun geschaffen wird, prophezeien aber auch, dass damit die Not nur gelindert, nicht aber beseitigt wird. Auch nach Anstellung von 75 weiteren Richtern und Staatsanwälten wird es in den Staatsanwaltschaften und an den Gerichten nicht gemütlich zugehen. Man kann nur hoffen, dass nicht weiterhin Haftbefehle wegen überlanger Verfahrensdauer aufgehoben werden müssen, wie dies in der Zeit von Januar 2011 bis August 2014 in insgesamt 41 Fällen geschah.

Im Übrigen geht es nicht nur um neue Stellen, sondern auch um die Bezahlung der Richter und Staatsanwälte. Leider ist es so gekommen, dass auch Richter und Staatsanwälte nicht mehr bundesweit einheitlich bezahlt werden, weswegen wir eine Ausei-

nderentwicklung zwischen reichen und armen Bundesländern erleben. Anerkannt wird, dass das Eingangsgehalt eines bayerischen Richters höher ist als in den meisten anderen Bundesländern. Dennoch können wir gespannt sein, wie das Bundesverfassungsgericht mit den Vorlagenbeschwerden einiger Verwaltungsgerichte genau zu dieser Frage umgehen wird, zumal es Realität ist, dass Richter in Deutschland im europäischen Vergleich eigentlich arme Schlucker sind und ein Berufsanfänger weniger als das Durchschnittseinkommen aller Berufstätigen verdient.

Es geht aber nicht nur um Richter und Staatsanwälte. Wir brauchen an den Gerichten auch Rechtspfleger, Urkundsbeamte, Justizfachkräfte, Wachtmeister und Bewährungshelfer, und wir brauchen Gerichtsvollzieher. Es entspricht unseren langjährigen Forderungen und ist gut, wenn mit diesem Haushalt neue Stellen für Rechtspfleger und Justizsekretärsanwärter geschaffen und Stellen gehoben werden.

Meine Damen und Herren, zum Justizvollzug kann ich nur anmerken, dass die Stellen, die nun geschaffen werden, dringend erforderlich sind. Sie alle kennen die Beschwerden über die vielen Krankheitstage, über die Überstunden und und und. Mehr kann ich dazu nicht sagen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen, den vielen Mitarbeitern an den Gerichten und den Staatsanwaltschaften sowie in den Justizvollzugsanstalten ganz herzlich für ihre Arbeit zu danken.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen ist es zu verdanken, dass die bayerische Justiz trotz gelegentlich beißender Kritik insgesamt ein hohes Ansehen genießt und dass ausweislich einer Befragung, die zwar schon einige Jahre zurückliegt, aber wohl immer noch gilt, fast 70 % der Bürgerinnen und Bürger, fast 80 % der Rechtsanwälte und immerhin fast 50 % der Unternehmen mit der bayerischen Justiz sehr oder zumindest eher zufrieden als unzufrieden sind.

Die Zeit reicht leider nicht aus, um auch auf rechtspolitische Themen vertieft einzugehen. Zum Beispiel müsste über den Stand der Reformierung der Paragraphen 62, 63 ff. des Strafgesetzbuches geredet werden sowie darüber, dass trotz aller Ankündigungen bis heute kein Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Maßregelvollzugsgesetz vorliegt. Ich weiß, dass hierfür nicht das Justizministerium verantwortlich ist; dennoch besteht aber die dringende Aufgabe, einen solchen Entwurf in nächster Zeit vorzulegen.

Es müsste auch darüber geredet werden, wie die erkennbaren und bereits vorhandenen Schwierigkeiten bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs überwunden werden können und wie im Übrigen auch der Tendenz zum Ausbau einer privaten Schiedsgerichtsbarkeit begegnet werden kann. Wir haben bereits eine Parallel-, um nicht zu sagen Schattenjustiz – nicht so sehr in dem Bereich, wo man sie vermutet, im Bereich des Islamismus, sondern im Bereich der Wirtschaft –, die den hohen Ansprüchen an Transparenz, Unabhängigkeit und Öffentlichkeit keineswegs genügt.

Man müsste auch darüber reden, wie die Rückgabe von Raubkunst erleichtert werden und wie dafür gesorgt werden kann, dass die Qualität von gerichtlich erhaltenen Gutachten insbesondere in Familiensachen, aber auch in Strafsachen – ich erinnere an die vielen Verfahren, über die wir diskutiert haben – erhöht werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe zu: Der neue Staatsminister hat sich bemüht. Er hat eine große Aufgabe. Er muss die Versäumnisse vieler Jahre aufholen. Er hat sich bemüht. Wie Sie aber alle wissen, genügt das nicht für ein Prädikatsexamen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat Kollege Florian Streibl für die FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Beschäftigten der bayerischen Justiz leisten eine hervorragende Arbeit, trotz schwieriger und schwierigster Arbeitsbedingungen und hoher und höchster Arbeitsbelastung. Deshalb an dieser Stelle zuerst einmal Dank an alle, die sich um die Rechtspflege im Freistaat Bayern verdient machen, die einen Dienst leisten. Danke von uns allen für das, was Sie für unsere Heimat leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir sind erfreut, dass im Entwurf zum Doppelhaushalt 350 neue Stellen vorgesehen sind. Außerdem begrüßen wir es außerordentlich, dass die langjährige Forderung nach einer Angleichung der Gitterzulage erfüllt wird. Es ist wichtig, dass wir im öffentlichen Dienst und gerade in der Justiz attraktiv bleiben; denn wir stehen im Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft. Gerade in der Justiz und im öffentlichen Dienst wollen wir eigentlich die Besten haben. Deswegen brauchen wir ein Mehr an Attraktivität, damit wir die besten Personen bekommen. Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen. – Ich stelle das Lob an den Anfang, da die Justiz in den letzten Jahren von der Staatsregierung stiefmütterlich behandelt worden ist, sei es durch die Auflösung der Zweigstellen bei den Amtsgerichten, sei es durch den kaum vorhandenen Personalzuwachs, der, Herr Minister, unter ihrer Vorgängerin leider gängige Praxis war – und das, obwohl es sich bei der Justiz um die dritte Säule der staatlichen Gewalt handelt. Deswegen gibt es auch großen Mangel an Sachmitteln, der mit dem Personalmangel einhergeht.

Natürlich trägt auch das Justizressort eine Gesamtverantwortung für den Haushalt. Hier muss man aber anmerken, dass sich die Justiz zu einem großen Teil selbst finanziert. Herr Minister, Sie haben im Haushaltsausschuss gesagt, dass die Justiz jeden zweiten Euro selbst einnimmt. Deswegen wäre es nur recht und billig gewesen, wenn die Justiz im Staatshaushalt die notwendige Unterstützung, die sie aufgrund ihrer Auslagen braucht, in einem entsprechenden Umfang bekommen hätte. Das hätte sich im Doppelhaushalt zugunsten der Justiz widerspiegeln müssen. Auch wenn die Justiz

durch die Umbesetzung an der Spitze des Ministeriums jetzt offensichtlich besser vertreten ist, ist sie immer noch verbesserungswürdig und verbesserungsfähig. Dies gilt gerade beim Personal; denn die Personaldecke in der bayerischen Justiz ist auf Kante genäht. Der Justiz kommt eine Kernaufgabe in unserer Gesellschaft zu. Deswegen darf hier letztlich nicht gespart werden.

Meine Damen und Herren, unsere Anfragen, gerade in Bezug auf den Justizvollzug haben gezeigt, dass ein sehr gravierender Mangel vorherrscht. Zwar ist es gut, wenn jetzt 117 neue Stellen im Vollzugsdienst kommen und gerade auch für die neue JVA Augsburg-Gablingen vorgesehen sind. Diese Stellen allein reichen aber nicht aus. Wir haben in diesem Bereich 120 Überstunden pro Mitarbeiter. Das ist extrem hoch. Deswegen brauchen wir mehr und weitere Stellen, damit der Vollzugsdienst sinnvoll geleistet werden kann. Darüber hinaus muss bei den Justizwachtmeistern mehr getan werden. Es ist zwar gut gewesen, dass nach den tragischen Vorfällen in Dachau private Sicherheitsdienste für ein Mehr an Sicherheit gesorgt haben. Langfristig gesehen und auf Dauer sollte die Sicherheit in der Justiz aber durch ausgebildete Justizwachtmeister gewährleistet werden. Auch hier brauchen wir zusätzliche Stellen, nämlich nach unserer Berechnung etwa 100 Stellen. Dies wäre für den Haushalt unschädlich, weil man diese Kosten bei den Fremdfirmen einspart.

Darüber hinaus fehlen nach der aktuellen Bedarfsberechnung bei den bayerischen Rechtspflegern 258 Stellen. Die Beförderungswartezeiten bei den Rechtspflegern liegen zwischen 10 und 15 Jahren. Wir haben auch hier eine äußerst angespannte Situation. Gerade durch neue Aufgaben wie den elektronischen Rechtsverkehr wird noch mehr Personal notwendig werden. Darüber hinaus steht auch eine Ruhestandswelle in den nächsten Jahren an, die ausgeglichen werden muss. Von daher fordern wir hier auch eine Stellenmehrung.

Genauso ist es bei den Bewährungshelfern, die letztlich eine präventive Aufgabe erfüllen. Hier fordern wir 30 zusätzliche Stellen. Auch bei den Justizsekretäranwärterstellen

muss weiter zugelegt werden. Wir brauchen eine bessere Beförderungssituation. Es müssen außerdem Stellenhebungen vorgenommen werden.

Nun, meine Damen und Herren, kommen wir zu den Richtern und Staatsanwälten. Der Bayerische Richterverein hat schon vor einiger Zeit eindringlich davor gewarnt, dass aufgrund der aktuellen Situation Haftentlassungen gefährlicher Beschuldigter die Folge überlanger Verfahrensdauer sein können. Leider hat sich im letzten Sommer das bewahrheitet, was befürchtet worden ist, nämlich dass ein mutmaßlicher Sexualstraftäter aus der Untersuchungshaft entlassen werden musste, weil sich das Verfahren so lange hinzog. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ist eine schallende Ohrfeige für die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Denn in dem Beschluss heißt es, dem Beschuldigten dürfe nicht zugemutet werden, länger als angemessen in Untersuchungshaft zu sitzen – jetzt kommt es –, weil der Staat es versäumt hat, seine Pflicht zur verfassungsgemäßen Ausstattung der Gerichte nachzukommen. Das heißt, das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, hier hat der bayerische Staat geschlafen, weil er an Personal in der Justiz gespart hat. Deswegen müssen Straftäter freigelassen werden. Das ist ein Riesenskandal. Hier muss gehandelt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier steht die Staatsregierung in der Pflicht. Herr Minister, Sie haben ein sehr schweres Erbe angetreten und versuchen, jetzt die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Dabei haben Sie unsere Unterstützung; denn Sie müssen die Fehler der Vergangenheit ausbaden. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg, dass Sie es möglichst bald schaffen, dass solche Dinge in Bayern nicht mehr passieren. Die Justiz und die bayerische Bevölkerung werden es Ihnen danken.

Die Berufsverbände haben seit Langem immer wieder darauf hingewiesen, dass die Personalsituation der Justiz in Bayern katastrophal ist. Man darf die Justiz nicht nur unter fiskalischen Aspekten sehen. Man muss sie auch unter dem Aspekt ihrer zentralen Rolle im Staatsgefüge sehen. Die Justiz hat eine systematische Bedeutung. Da kann man den Blick nicht nur auf die Haushaltsmittel richten, sondern man muss die Funktion sehen, die die Justiz hat. Sie hat die Funktion, dass Demokratie im Sinne von Gleichheit und Gerechtigkeit gelebt wird, dass Sicherheit geschaffen wird für alle, die in Bayern leben, gerade auch für die Wirtschaft, dass schnell Recht gesprochen wird, dass Straftaten schnell verfolgt werden, damit es unbequem wird für Straftäter oder Leute, die versuchen, andere übers Ohr zu hauen. Mit fiskalischen Zwängen zu argumentieren wie in der Vergangenheit, ist höchst fahrlässig. Gerade bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit dürfte das keine Rolle spielen; denn sie finanziert sich zu nahezu 75 % selbst. Die Justiz ist ein Teil im Staatsgefüge, der neben den Finanzämtern Geld einbringt. Das müsste man auch richtig berücksichtigen. Von daher waren wir, als wir den Entwurf des Staatshaushalts zum ersten Mal gesehen haben, ziemlich schockiert, weil keine einzige neue Stelle für Richter oder Staatsanwälte enthalten war. Erst in den Ausschussberatungen wurde mit 55 neuen Richterstellen und 20 neuen Stellen für Staatsanwälte nachgebessert. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir haben 100 Stellen beantragt. Für die gute Nachbesserung unser herzliches Dankeschön. Deswegen werden wir uns zu diesem Einzelplan enthalten und nicht dagegenstimmen.

Meine Damen und Herren, man nimmt das Problem der Personalnot ernst. Ich hoffe, man wird in dieser Richtung weitergehen. Die Justiz ist mit ihren vielfältigen Aufgaben nicht nur ein Garant für einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst, nicht nur ein Garant für den Wirtschaftsstandort Bayern, sondern auch ein Garant für eine demokratische Gesellschaft, die von den Bürgerinnen und Bürger akzeptiert wird. Darum wäre es sicher gut, wenn man in Zukunft auf diesem Weg weitergehen würde und sich ein Herz nehmen würde, der Justiz mehr Selbstverwaltung zuzugestehen, damit die Justiz die Dinge selbst regeln und als wahre dritte Säule der Gewalten mehr auf Augenhöhe mit Exekutive und Legislative sprechen kann.

Darüber hinaus kann es auf Dauer für eine unabhängige Justiz nicht hingenommen werden, dass hohe und höchste Stellen in der Justiz letztlich vom Ministerpräsidenten, vom Kabinett bestimmt werden. Die Justiz sollte selber sagen, wer die besten Köpfe sind und wer welche Funktion übernehmen soll. Darum plädieren wir dafür, dass das Heft in die Hand der Justiz gelegt wird und sie selbst bestimmen kann und mehr Selbstverwaltung bekommt.

Wir hoffen, dass der Weg positiv weitergegangen wird, und freuen uns auf die weitere Auseinandersetzung hierüber in diesem Hohen Haus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Sepp Dürr von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir können von Glück sagen, dass wir in einem Rechtsstaat leben, der meist zu unserer Zufriedenheit funktioniert. Das ist natürlich nicht nur Glück, sondern sehr viel Arbeit aller daran beruflich Beteiligten. Dafür bedanken auch wir uns natürlich ganz herzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ebenso verdanken wir das aber all denen, die immer wieder Kritik geübt haben und auf Missstände aufmerksam machen oder gemacht haben. Denen ist es genauso zu verdanken, dass sich unser Rechtsstaat weiterentwickelt. Das ist auch dringend nötig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Rechtsstaat ist kein glückseliger Zustand, der ein für alle Mal erreicht wird, sondern darum müssen wir immer wieder neu kämpfen in der juristischen Praxis wie in der Rechtspolitik. Nur wenn wir uns alle darauf einlassen, ständig neu nachzujustieren, bleibt unsere Justiz demokratisch auf der Höhe unserer Zeit. Da haben wir in Bayern alle Hände voll zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will nur ein paar Punkte benennen, wo wir dringend nachbessern müssen. Da ist zuallererst und am leichtesten die fehlende Fehlerkultur zu ändern, die das System einer veralteten Bürokratie ist. Beunruhigend und außergewöhnlich ist nicht, dass Richterinnen, Richter und Staatsanwaltschaften Fehler machen, sondern dass sie in Bayern offenbar besonders ungern dafür Verantwortung übernehmen und diese Fehler nicht korrigieren.

Ich nenne das ganz aktuelle Beispiel eines Mannes aus dem Oberallgäu, über den die "Zeit" kürzlich berichtet hat. Er saß sieben Jahre lang unschuldig im Gefängnis und muss sich jetzt mit der Justizbürokratie auch noch wegen einer Entschädigung herumschlagen. Auch in anderen Fällen falscher Verdächtigungen, grundloser Ermittlungen und schuldlos Eingesperrter findet niemand die Stärke, auch Sie nicht, Herr Minister, wenigstens um Entschuldigung zu bitten und zu versuchen, das Unrecht wiedergutzumachen. Wie gesagt, das ist leicht zu ändern und kostet fast nichts. Da müsste nur der Chef einmal mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst der Papst hält sich heute nicht mehr für unfehlbar,

(Heiterkeit der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

aber die bayerische Justiz hält immer noch am Unfehlbarkeitsdogma fest.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst dann, wenn Richter und Staatsanwälte mir ihrer Rechtsauffassung krachend Schiffbruch erleiden oder Ermittlungsverfahren kleinlaut einstellen müssen, wie beispielsweise in den Fällen Mollath, des Journalisten Denk und des BR-Reporters Bendixen, behaupten unsere Behörden hinterher, sie hätten nicht anders handeln können

und alles richtig gemacht. Allein das ist schon unglaublich. Aber mindestens ebenso absurd ist, dass Sie, Herr Minister, diese abstruse Auffassung jeweils verteidigen und sich zu eigen machen. Bei Ihrem Amtsantritt haben Sie doch viel mehr versprochen. In einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" haben Sie erklärt, zur Unabhängigkeit der Justiz gehöre auch die Erkenntnis der eigenen Unvollkommenheit, und zu einem Justizsystem gehöre, dass man zu Fehlern stehe. Dieser Satz ist richtig. Es muss Ihnen aber doch auch selbst einmal auffallen, dass Sie unter all diesen strittigen Fällen noch keinen einzigen Fall gefunden haben, bei dem Sie das in die Praxis hätten umsetzen können. Warum denn, Herr Minister? Das kann doch nicht an den Fällen liegen. Es liegt daran, dass Sie mit dieser Fehlerkultur immer noch nicht angefangen haben. Fangen Sie endlich damit an; geben Sie ein Beispiel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn mit Ihrer sturen Haltung bringen Sie die Menschen in Bayern erst richtig gegen unsere Justiz auf. Ihnen ist offenbar auch egal, wie viele Menschen hierzulande zu Unrecht festgenommen oder verurteilt wurden. Sie haben noch nicht einmal eine systematische Statistik zum Umfang der Haftentschädigung. Das ist blamabel. Sie wissen gar nicht, was passiert.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ruhig bleiben!)

Anders als im Verfassungsausschuss hat jetzt im Haushaltsausschuss niemand mehr bestritten, dass es sogar in Bayern, in diesem gelobten Land, Justizopfer gibt. Aber wir sollten allen Menschen helfen können, deren Leben ohne eigenes Verschulden durch die Justiz aus der Bahn geworfen wurde. Das können wir noch nicht in allen Fällen greifen, was die vorhandenen Möglichkeiten zur Entschädigung angeht. Wir wollen auch in solchen Härtefällen unbürokratisch helfen können; wir wollen, dass Sie, Herr Minister, unbürokratisch helfen können. Zum Beispiel ist gerade heute in der Zeitung wieder von einem Mann zu lesen, dem eine Wiedergutmachung allein aus formellen Gründen verweigert wird. Da geht es nicht nur um Geld, da geht es darum, diese Men-

schen wieder einigermaßen mit dem Rechtsstaat zu versöhnen. Da fehlt oft nur eine kleine Geste. Warum ist diese Geste so schwer?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insgesamt gibt es in Bayern einfach immer noch zu viele – und man fürchtet, es werden mehr – dubiose Vorgänge. Es gibt immer wieder Vorfälle, die den Eindruck verstärken, in Bayern werde mit zweierlei Maß gemessen, ganz nach dem Motto: Die Großen lässt man laufen. Ein Beispiel dafür ist der Fall Schottdorf, in dem es um viele Hunderte, wenn nicht Tausende betrügerische Ärzte geht, die Bayerns Justiz einfach so davonkommen lässt.

(Lachen der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Wir haben dazu einen Untersuchungsausschuss eingerichtet, der viel Arbeit hat. Ich habe dazu auch verschiedene Anfragen gestellt, und Sie haben mir neulich geantwortet. Ich verstehe das wirklich nicht, Herr Minister, wenn Sie behaupten, dass Sie diese Ärzte auch deswegen laufen lassen, weil sie sich vor dem BGH-Urteil von 2012 auf eine unklare Rechtslage berufen könnten. Die Rechtslage war schon immer klar.

(Zuruf von der CSU: Quatsch!)

– Natürlich, es war immer schon klar, dass dies Verstöße gegen die Gebührenordnung und gegen das Berufsrecht sind. Diese Rechtslage war immer schon klar. Außerdem heißt es ja, dass Unwissenheit nicht vor Strafe schützt. Wenn dieser Leitsatz gilt, dann gilt er doch wohl auch, wenn die Ignoranz aufseiten der Behörde liegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Höchst dubios sind die Vorgänge auch im Fall Bendixen. Die Vorwürfe gegen diesen BR-Journalisten sowie zwei LKA-Beamte waren völlig aus der Luft gegriffen, aber die Staatsanwaltschaft hat trotzdem erhebliche Grundrechtseingriffe auch im Fall des Journalisten beabsichtigt. Darüber werden wir noch gesondert sprechen; wir haben

einen Bericht gefordert. Deswegen will ich in diesem Zusammenhang jetzt nur einen Aspekt aufgreifen: Die beiden überwachten LKA-Beamten haben nach Ihrer Auskunft, Herr Minister, "die ihnen nach dem Gesetz zustehende Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit der Überwachungsmaßnahme durch ein Gericht prüfen zu lassen, nicht wahrgenommen". Das stimmt. Warum haben sie das nicht gemacht? - Sie haben darauf verzichtet, weil man ihnen in Aussicht gestellt hat, dass die Wahrnehmung ihrer Rechte ihren unbescholtenen Ruf beschädigen würde und ihre Zuverlässigkeit in Zweifel stellen könnte, weil ihr Name dann bekannt würde und weil doch immer etwas hängen bleibe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt, die Beschwerderechte der zu Unrecht Beschuldigten werden sogar hinterher noch systematisch untergraben. Das kann doch wirklich nicht Ihre Unterstützung finden, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben bei Ihrem Amtsantritt erklärt, Sie wollten verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Das ist ehrenwert, aber so, wie Sie das jetzt machen, funktioniert das sicher nicht.

Schließlich machen wir uns auch Sorgen wegen der Überlastung der Justiz. Die beiden Vorredner haben es schon angesprochen. Die Justiz in Bayern ist seit Jahren chronisch unterfinanziert. Es fehlt an allen Ecken und Enden. Ich habe nach dem Personalstand gefragt; für die Antwort haben Sie drei Monate lang gebraucht, sodass ich das jetzt leider nicht mehr in die Haushaltsberatungen einfließen lassen konnte. Immerhin geht aus Ihrer Antwort aber hervor, dass die Arbeitsbelastung von Richtern und Staatsanwälten seit Jahren zu hoch ist und auch noch über dem schon zu hohen Bundesdurchschnitt liegt.

Das heißt, wir sind ganz weit vorne, wenn es darum geht, unsere Richter und Staatsanwälte zu überfordern. Aber Sie stellen das fest und begnügen sich dann mit ein paar neuen Stellen. Sagen Sie uns doch einmal, wie viel Prozent mehr Staatsanwälte und Richter das bedeutet. Das ist eine ganz bescheidene Summe, die deutlich unter dem bisherigen Aufwuchs insgesamt liegt. Das heißt, was Sie da jetzt neu einstellen, ist wirklich bescheiden. Und dann berufen Sie sich auf die Haushaltsdisziplin. Nachhaltig ist das nicht, dass wissen Sie doch selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allein schon finanziell kann es erhebliche Folgen nach sich ziehen, wenn unsere Justiz derart unterbesetzt ist. So kann das Vertrauen der Bevölkerung nicht wirklich wachsen; denn – auch das ist angesprochen worden – immer wieder werden Verdächtige auch bei schwerwiegenden Vorwürfen wie Vergewaltigung aus der Untersuchungshaft entlassen, und zwar nur, weil ihr Verfahren zu lange dauert und weil die Gerichte über zu wenig Personal verfügen. Das ist in den letzten fünf Jahren – eine neue Zahl – in Bayern 52-mal passiert, sagt der Minister. Das ist nicht wenig. Solche Missstände, Herr Minister, können Sie doch nicht einfach so hinnehmen und sagen: Das ist Haushaltsdisziplin. Da müssen Sie sich doch etwas überlegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie schon nicht mehr Personal durchsetzen können, warum versuchen Sie es dann nicht einmal mit einer längst überfälligen Aufgabenkritik? Auch dazu habe ich verschiedene Anfragen gestellt, um zu erfahren, wie es denn aussieht und ob man manche Arbeiten nicht verringern könnte, indem man einige Tatbestände neu justiert. Aber da bewegt sich bei Ihnen offensichtlich gar nichts. Das ist aber dringend nötig.

Nur ein Beispiel: Am Wochenende hat die "Süddeutsche Zeitung" ausführlich über einen Patienten berichtet, der sich großem staatlichem Verfolgungseifer ausgesetzt sieht. Er darf, schreibt die "Süddeutsche Zeitung", legal Marihuana konsumieren, weil er nach einer Tumoroperation unter chronischen Schmerzen leidet. Trotzdem ist er

jetzt den Schikanen der Augsburger Polizei ausgesetzt. Jetzt ermittelt auch noch die Staatsanwaltschaft gegen ihn. Warum müssen bayerische Behörden solchen Menschen das Leben auch noch zusätzlich schwer machen? Das verstehe ich einfach nicht. Das ist mir nicht begreiflich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hat denn da niemand mehr ein Gespür für Menschlichkeit, für Verhältnismäßigkeit und dafür, was wirklich wichtig ist? Die haben dort doch genügend Arbeit; sollen sie sich doch um das Wichtige kümmern und nicht dauernd einen armen Kranken verfolgen. Was soll denn so etwas?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch in vielen anderen Bereichen könnte eine moderne Rechtspolitik eine Entkriminalisierung und somit eine Entlastung der Gerichte und der Staatsanwälte bringen. Das sind Maßnahmen, Herr Minister, die Sie in Ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich durchführen könnten, um unsere Gerichte zu entlasten. Packen Sie das doch endlich an!

Als Sie vor gut einem Jahr Ihr Amt übernommen haben, gab es zu Recht viel Kritik an der damaligen Amtsinhaberin und der bayerischen Justiz generell. Sie haben damals viel versprochen; Sie haben große Hoffnungen geweckt. Jetzt wird es wirklich langsam Zeit, dass Sie anfangen, diese Versprechen auch einzulösen. Gehen Sie einmal richtig an die Arbeit. Wir werden Ihnen schon helfen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Guttenberger. Bitte sehr.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein Wort zur Klarstellung: Wir reden im Moment über den

Haushalt der Justiz. Ich kann verstehen, dass sich das nicht jeder ganz vergegenwärtigt, da man Haushalt ja auch im Gesamtgefüge sehen muss. Da geht es darum, dass wir keine Neuverschuldung mehr wollen und unsere Schulden zurückzahlen wollen. Die Ausgaben im Gesamthaushalt sollen die 3-%-Grenze nicht überschreiten, und gleichzeitig soll die Personalquote stabilisiert werden. Das ist der eine Eckpunkt.

Der andere Eckpunkt geht dahin, sich bewusst zu machen, wie wichtig eine leistungsfähige Justiz für Bayern für jeden einzelnen Bürger wie auch für jedes Unternehmen ist. Damit kommt der dritten Gewalt, wie Kollege Schindler so schön formuliert hat, eine besondere Bedeutung zu. – Aber, Kollege Schindler, eines vorweg: Sie sagten an Kollegen Rudrof gewandt: Wo sind wir denn? – Kollege Schindler, wir sind Gott sei Dank in Bayern. Ihre Aussage, dass die Justiz so schlecht arbeitet, dass man lange Verfahrenszeiten hat, stimmt nicht.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Wir haben eine hoch effiziente Justiz. Deshalb geht mein Dank an alle, die in dem Bereich tätig sind. Ich meine da nicht nur die Richter und Staatsanwälte, sondern jeden einzelnen Mitarbeiter, jede einzelne Mitarbeiterin in diesem Bereich. Im Ländervergleich sind wir hinsichtlich der Verfahrensdauer auf dem ersten, zweiten oder höchstens dritten Platz unter allen Bundesländer. Das bitte ich zu verinnerlichen, bevor nach außen ein Eindruck erweckt wird, der den Realitäten nicht entspricht.

(Beifall bei der CSU)

Es stimmt auch nicht, Kollege Streibl, dass stellenmäßig all die Jahre nichts getan worden wäre. Ich erinnere an den Doppelhaushalt 2013/2014. Ich weiß, nichts ist uninteressanter als die Zeitung von gestern, und nichts ist offensichtlich älter als die Zahlen des letzten Doppelhaushaltes, der sogar noch läuft. In diesem Doppelhaushalt gab es 80 Stellen für Richter und Staatsanwälte, 140 Stellen für Justizwachtmeister, 20 Stellen für Bewährungshelfer und 60 zusätzliche Stellen für den Justizvollzug. Jetzt können Sie als Opposition natürlich sagen: Alles viel zu wenig.

(Franz Schindler (SPD): Ist es auch!)

In großen Teilen würde ich Ihnen da sogar recht geben, dass wir mehr Stellen bräuchten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb machen wir auch im neuen Doppelhaushalt einen gewaltigen Schritt vorwärts. Wir schaffen 55 neue Richterstellen, 20 neue Stellen für Staatsanwälte, 23 Stellen für Rechtspfleger, 10 Stellen für Verwaltungsinformatiker, 25 Stellen für Justizsekretäre, 100 Stellen für Justizsekretäranwärter, 100 allgemeine Stellen im Justizvollzugsdienst, 17 Fachdienststellen für die JVA Augsburg-Gablingen. Das sind zusammen 350 Stellen, und hinzu kommen noch 380 Stellenhebungen. An dieser Stelle herzlichen Dank an den Haushaltsausschuss, allen voran seinem Vorsitzenden Peter Winter sowie an den in diesem Bereich zuständigen Berichterstatter, Kollegen Rudrof.

(Beifall bei der CSU)

Sie tun jetzt so, als würden diese gewaltigen Schritte nicht gegangen; das entspricht nicht der Wahrheit. Ich meine, so viel Zeit müssen wir schon haben, um gegenseitig die Realitäten anzuerkennen. Wir könnten natürlich Wunschzettel erstellen. Ich wünsche mir auch mehr Stellen. Aber ich bin mir dessen bewusst, dass alles auch finanziert werden muss. Mit dem von mir dargelegten Stellentableau haben wir einen wichtigen und richtigen Schritt getan. Auf dieser Basis werden wir in den nächsten Jahren versuchen weiterzuarbeiten.

Aber auch jetzt – ich habe es bereits gesagt – ist die Justiz in Bayern bereits ungeheuer erfolgreich. Sie nimmt in der Reihenfolge aller Bundesländer – da sind auch SPD-regierte Länder dabei – Rang eins, zwei oder maximal Rang drei ein. Das nur als Anmerkung am Rande.

Uns ist es wichtig, die Justiz zukunftsfähig zu machen. In diesem Sinne ist e-justice von höchster Bedeutung, um einen modernen Staat für die notwendigen Aufgaben zukunftsfähig zu machen. Dafür wird es im Jahre 2015 2 Millionen und im Jahre 2016 weitere 4 Millionen Euro zusätzlich geben. Auch die präventive Arbeit ist für uns von großer Bedeutung. Ich freue mich sehr, dass das Projekt "Kein Täter werden", das wir vor einigen Jahren auf den Weg gebracht haben, in Regensburg so erfolgreich läuft.

(Franz Schindler (SPD): Das war schwer genug!)

Wir wollen dieses Projekt noch einmal mit einem deutlichen Schritt finanzieller Art nach vorn unterstützen. Das geschieht durch die erhebliche Aufstockung um 420.000 Euro. Auch die Fachambulanzen erfahren mit rund 3,3 Millionen Euro im Jahr 2015 und im Jahr 2016 mit 3,5 Millionen eine entsprechende Aufwertung.

Ein ganz wichtiger Punkt für uns ist auch, die Ausstattung im Baubereich zu verbessern. Das geschieht unter dem Motto, wir wollen sichere Justizbehörden und gleichzeitig eine Justiz, die für alle Bürger erreichbar ist. In diesem Zusammenhang ist die Barrierefreiheit ein großes Anliegen. 3 Millionen Euro gehen allein in die Barrierefreiheit von Gerichtsgebäuden; dazu gehören das Amtsgericht Fürth, das Zentraljustizgebäude in Landshut, die Amtsgerichte Rosenheim, Ingolstadt und Fürstenfeldbruck sowie die Amtsgerichte Amberg, Augsburg, Kaufbeuren und Gemünden. Diese Investitionen bedeuten einen großen und wichtigen Schritt hin zu einer inklusiven Gesellschaft. Menschen mit Handicap werden dadurch einen barrierefreien Zugang zu den Justizdienstleistungen erhalten.

Ich erwähne gern auch noch die weiteren Hochbaumaßnahmen wie zum Beispiel die neuen Gerichtssäle in Nürnberg. All das sind Investitionen in die Zukunft, die zum einen die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleichtern, zum anderen auch einen besseren Zugang und ein breiteres Leistungsspektrum für die Bürger ermöglichen. Darüber hinaus soll auch durch die Digitalisierung der Justiz ein besserer und schnellerer Zugang für die Bürger erfolgen.

Planungssicherheit wird es auch hinsichtlich des neuen Strafjustizzentrums in München geben. Das gilt ebenso für die Planung des dritten Bauabschnitts bei den Justizbehörden in Hof sowie die Generalsanierung in Aschaffenburg. All das sind Schritte in die Zukunft, die die Leistungsfähigkeit der Justiz in den nächsten Jahren weiter verbessern und damit ein erfolgreiches Wirken der Justiz voranbringen.

Ich sage es noch einmal. Die Vorwürfe, die heute gegen die Justiz erhoben wurden, insbesondere von Ihnen, Herr Dr. Dürr, sind für mich nicht nachzuvollziehen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Richter und Richterinnen und die Staatsanwälte und Staatsanwältinnen nehmen ihre Arbeit ernst und handeln nach Recht und Gesetz.

Als Mitglied in einem Untersuchungsausschuss hätte ich den Eindruck, wir könnten uns diesen Ausschuss ersparen und das Geld anders ausgeben; denn wenn man bereits alles weiß, was im Rahmen eines Untersuchungsausschusses ermittelt werden soll, wäre ein solcher Untersuchungsausschuss im Grunde hinfällig.

Mir ist dann aber wieder eingefallen, dass wir nicht in einem Untersuchungsausschuss sind, sondern in der Haushaltsberatung. Deshalb legen wir den Schwerpunkt darauf zu sagen, dass wir eine hervorragende Justiz haben. Mein Dank geht an alle, die in diesem Bereich arbeiten. Deshalb war es uns auch wichtig, eine Gerechtigkeitslücke in diesem Bereich zu schließen,

(Horst Arnold (SPD): Gibt es die?)

und zwar bei einem Thema, das nicht jeder so im Blick hatte, der sogenannten Gitterzulage. Seit Jahren mussten wir immer wieder feststellen, dass jemand, der im Justizvollzug arbeitet, eine niedrigere Gitterzulage bekommt, als jemand, der bei der Polizei arbeitet. Diese Gerechtigkeitslücke haben wir in diesem Haushalt schließen können, indem wir künftig 2,1 Millionen Euro pro Jahr dafür aufwenden. Auch das ist für uns ein wichtiger Schritt; wir sollten den Fokus nicht immer nur auf Richter und Staatsan-

wälte richten. Das ist wichtig; aber es gibt im Bereich der Justiz viele andere Stellen, die genauso berücksichtigt werden müssen.

Einen Satz möchte ich noch zur Bezahlung sagen. Gerade die Bezahlung - in Bayern werden die Beamtinnen und Beamten und auch die Richterinnen und Richter immer noch besser bezahlt als in anderen Bundesländern - zeigt, sehr geehrter Herr Minister,

(Franz Schindler (SPD): Hamburg zahlt mehr!)

wie wichtig uns allen diese Justiz ist, weil wir uns alle dessen bewusst sind, wie wichtig es ist, sich immer darauf verlassen zu können, rechtliche Hilfe durch ein Gericht zu erfahren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Wie gesagt, die Verfahrensdauer spricht hier Bände. Sie zeigt, wie effizient die Menschen in den Gerichten arbeiten und wie wichtig ihnen die Umsetzung ihres Auftrags ist. Jetzt kommt immer die Forderung, wir bräuchten Richterwahlausschüsse, weil alles schrecklich intransparent sei. Das stimmt doch im Endeffekt nicht. Wir haben uns in diesem Raum schon soundso oft - -

(Horst Arnold (SPD): Fragen Sie einmal die Richter!)

- Ja genau, Herr Arnold, fragen Sie einmal die Richter. Ich rede viel mit Richtern. Diese sehen es eigentlich so, dass das System, wie es derzeit läuft, zwar sicherlich die eine oder andere Optimierung verträgt.

(Horst Arnold (SPD): Genau!)

Sie halten aber nichts davon, hier ein System, das man optimieren kann, weil man generell alles optimieren kann, gegen ein System austauscht, das im Praxistest schon auf den ersten Blick nicht bestehen kann.

(Zuruf von der SPD – Horst Arnold (SPD): Weil es demokratisch ist!)

Wir werden jedenfalls dieser Art von Experimenten nicht beitreten. Das sage ich jetzt einmal so. Wir haben es hier schon soundso oft besprochen. Dafür ist bei uns kein Raum, weil wir der Ansicht sind, so wie das System derzeit läuft, läuft es äußerst effizient, führt zu einem hohen Leistungsstandard und auch dazu, dass sich die Richterinnen und Richter in ihrer Verantwortung bestätigt fühlen. – Lieber Herr Kollege, den Wunschzettel haben wir natürlich auch zur Kenntnis genommen. Wie gesagt, in einem Haushalt muss man ehrlich miteinander umgehen. Für uns ist Verlässlichkeit immer ein wichtiges Thema. Die Opposition kann alles versprechen, sie muss es ja nicht halten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lassen Sie uns an die Regierung, dann werden wir schon sehen! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Die Regierung verspricht auch alles und hält nichts!)

Wir haben versprochen, hier etwas zu tun. Das haben wir gehalten. Das werden wir auch in Zukunft so halten. Wir machen es auf einer soliden Basis, auf einer ehrlichen Haushaltsbasis, die dazu führt, dass wir auch in den nächsten Jahren keine Neuverschuldung haben und alte Schulden tilgen, damit wir auch in den nächsten Jahren weiterhin diese Flexibilität haben können, dass Parlamente Entscheidungen treffen können, dass Parlamente hier in Bayern Schwerpunkte setzen können.

Das tut man natürlich nicht, wenn man meint, seinen Wunschzettel abarbeiten zu müssen. Ich sage es einmal so: Wir haben zwar bald Weihnachten. Da ist ein Wunschzettel durchaus immer etwas Verführerisches. Aber wir machen es auf solider Haushaltsbasis und erhalten damit Flexibilität auch für die zukünftigen Abgeordneten des Parlaments. Gleichzeitig machen wir einen gewaltigen und einen aus unserer Sicht wichtigen und richtigen Schritt für die Justiz. Deshalb noch einmal Danke an den Haushaltsausschuss für die Unterstützung und Danke fürs Zuhören!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Dr. Herbert Kränzlein von der SPD das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Präsident, Herr Minister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist richtig: Aufgabe der Justiz ist es, das Rechtsstaatsgebot optimal umzusetzen. Dies ist ein tragender Pfeiler unserer Demokratie. In der gestern durch die Stellvertretende Ministerpräsidentin so leidenschaftlich vorgelesenen Seehofer-Rede kommt die Justiz eigentlich nicht vor. Zwei dürre Sätzchen stehen dazu drin. Das wird der Justiz in keiner Weise gerecht, genauso wenig wie leider dieser Haushalt an vielen Stellen. Sie haben inzwischen eine geniale Methode entwickelt, auf vielen Feldern, auch bei der Justiz: Da wird zuerst maximaler Flurschaden angerichtet. Das begann während der Regierungszeit Stoiber. Damals wurden 33 Nebenstellen plus Amtsgerichte geschlossen. Damals wurde das Bayerische Oberste Landesgericht gekappt. Da wurde gespart, gespart. In der Folgezeit hat die Ministerin Merk keine hörbare Stimme im Kabinett mehr gehabt. Das sage nicht ich; das können Sie in den Kantinen und Gängen der Justiz von den Richtern und Staatsanwälten hören.

(Zuruf von der SPD)

Wenn alles ganz weit unten ist und Sie ein klein wenig aufholen müssen, verkaufen Sie das als großen Erfolg.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genauso, so ist es!)

Das ist ein Taschenspielertrick. Die bayerische Justiz ist nach wie vor das Stiefkind der Bayerischen Staatsregierung. Ich würde mir wünschen, dass dort oben heute nicht nur Besuchergruppen sitzen würden, sondern dass meine ehemaligen Kollegen bei Gericht, die Richter und Staatsanwälte, sich dies einmal live anhören würden. Es wäre für sie spannend. Die Richter hätten die Möglichkeit, sich einmal zwei Stunden freizunehmen. Ich würde es ihnen empfehlen, und ich werde es ihnen empfehlen; denn was ich hier heute alles erlebt habe, finde ich schon spannend.

Die Personalmehrung, die im letzten Moment gekommen ist, diese 75 Stellen sind nichts anderes als ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie wissen genau, dass das Personalbemessungsprinzip PEBB§Y an sich schon fragwürdig ist. Es müsste eigentlich nachgebessert werden, weil es den großen Verfahren in den großen Gerichten überhaupt nicht mehr gerecht wird. Trotzdem: Allein PEBB§Y weist 419 Fehlstellen in der Justiz auf. 419! Und Sie stellen hier 75 Stellen als großen Erfolg dar und sagen, das wäre ein Erfolg beim Sparen. Herr Schindler hat es Ihnen gesagt: Das Rechtsstaatsgebot verhindert eigentlich, dass das Parlament beliebig bei der Justiz spart. Da muss die Leistungsfähigkeit hergestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss leider im Schweinsgalopp arbeiten. Ich kann fast keinen Beifall gebrauchen.

(Heiterkeit bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Bei den Rechtspflegern fehlen 261 Stellen. Und Sie machen hier ein paar kleine Nachbesserungen. Wissen Sie, dass Rechtspfleger, toll ausgebildet, eigentlich nur eine Beförderungsmöglichkeit haben, die sie nur ganz selten bekommen? Wissen Sie, wie es dagegen bei den Kommunen aussieht, wie man dort in den Höheren Dienst durchrutschen kann? Da hätten Sie noch viel zu tun, wenn Sie die Justiz in diesem Punkt attraktiv machen wollten. Das geht bis nach unten zu den Justizwachtmeistern.

Dieser ganze Haushalt Justiz ist nicht nur auf Kante genäht, sondern der Rock ist um ein Vielfaches zu kurz geraten. Der Beleg: Extrem lange Verfahrensdauern gibt es in der Tat. Das ist kein Vorwurf, Herr Minister. Das liegt zum Teil in der Tat auch an einem gewissen Reformstau. Darauf könnten wir uns sogar einigen. Nehmen Sie nur den Bereich Bausachen. Das dauert aus verschiedensten Gründen ziemlich lange. Die Überlastung der Strafgerichte wurde angesprochen. Man erfährt dies ja in der Öffentlichkeit in der Regel nur anhand spektakulärer Fälle. Da müssten Sie nur einmal hinzuhören. Sie sind doch ganz nah dran. Sie müssen doch nur über ein paar Gänge gehen, dann sind Sie schon im OLG drüben.

Dann könnten Sie einiges hören, Herr Minister, zum Beispiel von der Angst der Richter vor der elektronischen Akte. Wissen Sie, wie die Richter beim OLG schwitzen oder manchmal fluchen oder schimpfen? Wissen Sie, wie dieses tolle Ding, das Projekt "forumSTAR" funktioniert? Nämlich gar nicht. Und darauf wollen Sie die E-Akte aufbauen! Wenn Sie die E-Akte einführen wollen, brauchen Sie für die Richter und für alle Justizbediensteten Zeit für die Fortbildung und Beschäftigung mit diesem System. Wir brauchen noch viel mehr Leute, als wir heute schon nach der Berechnung hätten, wenn das überhaupt laufen soll. Ich habe es dem Bundesjustizminister gesagt, und er weiß es. Eigentlich müsste er ganz schlecht schlafen.

(Petra Guttenberger (CSU): Er ist Bundesjustizminister!)

Das ist ein Reformprojekt, das in ganz Deutschland gestemmt werden muss. Das Projekt befindet sich in einem erheblichen Rückstand. Die einschlägigen Interessensvertreter der Justiz wie die Richterräte haben den entsprechenden Protest bereits angemeldet und auf die Gefahren bei der Umstellung hingewiesen.

Es gibt noch viele andere Gründe für die Mehrbelastung. Ich habe die Großverfahren sowie die Wirtschafts- und Steuerstrafverfahren genannt. Dort steht inzwischen ein Heer von Anwaltskanzleien mit gut ausgebildeten Leuten und einem Stab von Spezialisten einem in der Regel überlasteten Gericht gegenüber. Es geht um nichts weniger als um Gleichbehandlung und Gerechtigkeit. Wir müssen in Zukunft darauf achten, dass nicht der Vorwurf aufkommt, man lasse die Kleinen hängen und die Großen laufen. Es darf noch nicht einmal der Anschein im Raum stehen. Das passiert jedoch, wenn solche riesigen Anwalts-Apparate einer Richterschaft gegenüberstehen, die möglicherweise vor Kurzem Familien-, Handels- und Mietrecht verhandelt hat und jetzt schnell in eine solche Kammer kommt, um Verfahren mit hoch komplizierten Problemen führen zu müssen, für die eigentlich Fachleute benötigt werden, die Bilanzanalyse und Betriebsabläufe in Finanzinstituten kennen und entsprechende Aktenauswertungen vornehmen müssen. Die Waffengleichheit bei den großen Verfahren ist da fast nicht mehr hergestellt. Das ist ein Riesenproblem in der Justiz.

Man kann es nicht wie Herr Dürr machen. In diesem einzigen Punkt gebe ich Ihnen recht. Ich bin auch der Meinung, dass keine Richter- und Staatsanwaltsschelte erfolgen darf. Die Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte ist das höchste Gut, das sie haben. Ich wäre sogar dafür, dass die Staatsanwälte von jeder Weisung unabhängig werden. An dieser Stelle hat Herr Dürr mit Sicherheit unrecht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Rechtspolitisch haben sie jedoch ihre eigenen Aufgaben. Wir brauchen Reformen. Ich würde gerne noch ganz viel zur Attraktivität des Richterberufs sagen. Viele Frauen, die wir jetzt in diesem Beruf haben, brauchen Kinderbetreuung nicht nur in den Ferien, sondern Kinderbetreuungseinrichtungen mit Ganztagsangeboten über eine längere Zeit hinweg. Sie müssen hierfür einiges tun. - Bezüglich des Strafvollzugs liegt mir ein Schreiben von der JVA Landsberg vor.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, darf ich Sie trotz Beifallsschlags an die Zeit erinnern?

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Pars pro toto: Dort besteht ein permanenter Personalausfall in Höhe von 25 %. Zwar verdient es höchstes Lob und höchste Anerkennung, unter diesen Bedingungen zu arbeiten, die Fürsorgepflicht des Staates gebietet jedoch, dass man der Not dieser Leute abhilft. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Letzter hat nun Herr Staatsminister Professor Bausback das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir am Anfang meiner Ausführungen einen herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen im Rechts- und im Haushaltsausschuss für die konstruktive Beratung des Justizhaushalts, die zunächst in den Ausschüssen geführt worden ist und jetzt im Plenum geführt wird. Allen voran danke ich

dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Peter Winter, seinem Stellvertreter, Herrn Kollegen Halbleib, dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Herrn Kollegen Schindler, und der stellvertretenden Vorsitzenden, liebe Kollegin Petra Guttenberger. Ganz besonders möchte ich Herrn Kollegen Rudrof als Berichterstatter im Haushaltsausschuss für die gute und konstruktive Zusammenarbeit der letzten Monate danken. Ausnehmen möchte ich an dieser Stelle Herrn Kollegen Dürr, dem ich am Ende meiner Rede gesondert antworten möchte. Deshalb soll er sich noch nicht angesprochen fühlen.

Kolleginnen und Kollegen, bevor ich auf die einzelnen Redebeiträge der hinter uns liegenden Debatte eingehe, lassen Sie mich zunächst in aller Kürze, obwohl vieles schon angeklungen ist, die aus meiner Sicht wesentlichen Eckpunkte des kommenden Doppelhaushalts im Bereich der Justiz herausstellen. Kolleginnen und Kollegen, die Kritik aus den Reihen der SPD und der FREIEN WÄHLER war recht verhalten. An der einen oder anderen Stelle ist ein mäßiges Lob angeklungen. Herr Kollege Schindler, ich weiß, wie streng die Bewertungen im bayerischen Staatsexamen sind. Deshalb braucht sich wegen der Note "ausreichend" niemand aus dem Fenster zu stürzen. Kolleginnen und Kollegen, wenn ich auf der Bundesebene im Bundesrat oder bei der Justizministerkonferenz unterwegs bin und auf den einen Kollegen oder die andere Kollegin treffe, gilt das, was der Herr Ministerpräsident in vielerlei Hinsicht über Bayern sagt. Immer wieder bekommt man zu hören: Ihr in Bayern befindet euch in der Vorstufe zum Paradies. Kolleginnen und Kollegen, das betrifft auch die Justiz.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Nehmen Sie beispielsweise das R1-Gehalt eines Richters. Herr Kollege Dürr, ein R1-Richter in Bayern verdient so viel wie ein Vorsitzender Richter in Berlin.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Holla!)

Ein Oberlandesgerichtspräsident in Bayern ist in der Besoldungsgruppe R 8 eingruppiert. Ein Oberlandesgerichtspräsident in Berlin wird auch in die Besoldungsgruppe

R 8 eingestuft, erhält jedoch finanziell so viel wie der R6-Richter in Bayern. Herr Kollege Schindler, selbstverständlich würde ich den Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der anderen Länder eine angemessene Besoldung gönnen. Fakt ist: Bei uns erhalten sie diese. Eine Überbezahlung besteht nicht, das gebe ich zu. Sie erhalten jedoch ein anständiges Gehalt. Ich sehe, welche Kolleginnen und Kollegen wir für den Richterdienst neu gewinnen können. Das sind mit Sicherheit nicht die schlechtesten Juristen. Die Juristen, die zu uns kommen, sind immer noch die besten. Ich habe ein wenig Angst davor, dass sich die Tendenz zur Zentralisierung der Richtergehälter wieder durchsetzt; denn eines ist klar: Die Politik der anderen Länder wird sich sicherlich nicht an den Gehaltsmaßstäben Bayerns orientieren. Das mag ein Fehler sein. Deshalb bin ich dafür, es beim föderalen Konzept zu belassen. Meine Kolleginnen und Kollegen, wir jedenfalls wollen unsere Justiz angemessen besolden. Dabei werden wir in Bayern auch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Der Entwurf des vorliegenden Haushalts 2015/16, über den wir heute abstimmen, bildet das Fundament für eine leistungsfähige und innovative Justiz, eine Justiz, die in der Bundesrepublik Deutschland einen Spitzenplatz einnimmt. Herr Kollege Schindler, gerne würde ich mich mit den rechtspolitischen Themen auseinandersetzen, die Sie genannt haben. Das sind alles Themen, die mir am Herzen liegen und bei denen ich auf Bundesebene durchaus viel Gehör finde. Das können wir in der Haushaltsdebatte heute nicht machen. Mit unserer Justiz sind wir ein Motor in der Rechtspolitik Deutschlands, weil wir die Praxis in die rechtspolitischen Beratungen, beispielsweise zu § 62 und § 63 StGB, einbeziehen. Wir können in Bayern jedenfalls alles Notwendige umsetzen und haben gleichzeitig Raum für neue, ambitionierte Projekte.

Selbstverständlich liegt die Rechtsprechung – das ist gut so – in den Händen einer unabhängigen Justiz, der unabhängigen Gerichte. Die Ausstattung der Justiz mit Personal und Sachmitteln liegt jedoch in den Händen des Haushaltsgesetzgebers und des Justizministeriums. Das Ergebnis der Haushaltsaufstellung – dafür noch einmal herzli-

chen Dank an die Haushalts- und Fachpolitiker – erlaubt der Justiz die Erfüllung ihres Auftrags zur Gewährung des Rechtsfriedens und der Rechtssicherheit. Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere bayerische Justiz steht für Stabilität, Vertrauen und Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Nach dem vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts 2015/16 erhält die bayerische Justiz 350 neue Stellen, darunter 75 Stellen für Richter und Staatsanwälte, 23 Stellen für Rechtspfleger und 117 Stellen für Mitarbeiter im Justizvollzug. Das sind klare Zeichen für den hohen Stellenwert, den der Rechtsstaat in Bayern genießt. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, überall da, wo die GRÜNEN oder die SPD regieren, habe ich von zusätzlichen Stellen für die Justiz nichts gehört.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): So was!)

In Baden-Württemberg gibt es keine neuen Stellen für Richterinnen und Richter. In anderen Ländern werden Stellen für Richter und Staatsanwälte in der Regel gestrichen. Wir in Bayern stellen neue Stellen für Richter und Staatsanwälte zur Verfügung. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal der bayerischen Justizpolitik. Das wird auch nicht erstmals mit diesem Doppelhaushalt gemacht. Wenn Sie zwei Jahre zurückblicken und die jetzigen Stellen mit einbeziehen, haben Sie 155 neue Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Wenn Sie acht Jahre zurückblicken, dann sind es 210 neue Stellen. Das ist eine erhebliche Zahl von Stellen für hoch qualifizierte Juristen in unserer Justiz. Das ist auch gut so und angemessen. Ich glaube, Bayern braucht hier keinen Vergleich zu scheuen.

Im Justizvollzug haben wir bei einem langfristigen Rückblick einen Stellenzuwachs, der, wenn Sie ihn bis 1990 zurückverfolgen, bei rund 1.300 zusätzlichen Planstellen liegt. Ich sage nicht, dass wir damit auf Kante genäht haben. Das liegt daran, dass wir den bayerischen Justizvollzug in den letzten Jahren und im letzten Jahrzehnt modernisiert haben. Dafür bin ich auch meiner Vorgängerin, Beate Merk, dankbar, weil sie

hier viel geleistet hat. Es sind viele neue Aufgaben hinzugekommen. Es gibt einen erheblichen Personalzuwachs. Für den allgemeinen Justizvollzugsdienst haben wir, beginnend mit dem letzten Doppelhaushalt, mit dem jetzigen Doppelhaushalt abschließend 200 neue Stellen in den Justizvollzug gebracht. Diese Stellen haben wir zu Recht zur Verfügung gestellt. Ich habe mit allen Leiterinnen und Leitern unserer Vollzugsanstalten intensiv debattiert.

Als der Ministerpräsident zu Beginn der Legislaturperiode diese 200 Stellen zugesagt hatte, bestand die Angst, ob wir überhaupt so viele qualifizierte Leute für diese 200 Stellen bekommen. Können wir es gewährleisten, dass diese Leute anständig ausgebildet werden? Franz Josef Strauß hat es einmal im Zusammenhang mit der Bundeswehr so dargestellt: Wir können nicht einfach 200 zusätzliche Beamte von der Straße nehmen. Niemandem ist damit gedient – ich möchte jetzt nicht den Briefträgern zu nahe treten -, wenn wir 200 Briefträger in die JVs bringen. Die können das nicht leisten, weil der Beruf des Justizvollzugsbeamten ein hoch qualifizierter, verantwortungsvoller Beruf ist, für den man eine 18-monatige Ausbildung braucht. Wir haben uns aber auf den Weg gemacht, und ich bin überzeugt davon, dass wir in allen Anstalten eine spürbare Entlastung der Personalsituation haben werden, wenn die letzten dieser 200 zusätzlichen Stellen in den Anstalten angekommen sind.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben in diesem Haushalt eine erhebliche Zahl von Stellenhebungen. Wir haben nicht nur 350 neue Stellen, sondern auch 380 Stellenhebungen. Zudem stellen wir künftig sicher, dass die Gitterzulage des Justizvollzugsdienstes an die im Polizeidienst gewährte Zulage angepasst wird. Auch das ist ein großer Erfolg für unseren Justizvollzug.

Gerichtsgebäude müssen Würde ausstrahlen. Sie sollen nicht einschüchtern, sondern eine offene, vertrauensvolle Atmosphäre schaffen. Eine moderne Justiz braucht räumliche Verhältnisse, die ein effektives Arbeiten fördern. Unsere Justizvollzugsanstalten

müssen modernsten Sicherheitsanforderungen genügen und einen geeigneten Rahmen für die Resozialisierung der Gefangenen zur Verfügung stellen. Der Doppelhaushalt 2015/2016 ermöglicht kräftige Investitionen beim Bau. Für 2015 stehen Hochbaumittel in Höhe von 78 Millionen und für 2016 in Höhe von 79 Millionen zur Verfügung. Weitere Mittel für kleine Baumaßnahmen und den Bauunterhalt kommen hinzu. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen in ganz Bayern können verwirklicht werden. Beispielhaft möchte ich den Neubau des Strafjustizzentrums in München erwähnen. Dort werden wir bis Ende 2015 mit der bisher größten geplanten Einzelbaumaßnahme in der Justiz beginnen. Der vorliegende Entwurf des Doppelhaushalts sichert die Realisierung dieses Großprojekts.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung das Programm "Bayern barrierefrei ..." vorgestellt. Auch in der Justiz investieren wir seit Jahren kräftig in die Barrierefreiheit. Im Doppelhaushalt stehen 5,2 Millionen Euro für die Verbesserung der Barrierefreiheit bereit. Davon gehen drei Millionen auf die Initiative meiner Fraktion, der CSU-Fraktion, zurück. Dafür bedanke ich mich nochmals ganz, ganz herzlich.

Auch den baulichen Anforderungen eines modernen, behandlungsorientierten Vollzugs wird mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf Rechnung getragen. Beispielhaft möchte ich auf folgende Projekte hinweisen: Die Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen kann als investitionsstärkster Anstaltsneubau in der Geschichte des Justizvollzugs nach heutigem Stand planmäßig, anders als manche Flughäfen in Deutschland, Ende 2015 in Betrieb gehen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Nach 25 Jahren!)

Die abschließende Finanzierung und die Personalausstattung sind gesichert. Zusätzlich haben wir im Doppelhaushalt einen Titel für den Neubau einer Jugendarrestanstalt und eines eigenen Gebäudes für den offenen Vollzug eingestellt. Für den Neubau einer Vollzugsanstalt im Raum Bamberg haben wir die haushaltsrechtlichen Grundlagen geschaffen. Die elektronischen Sicherheitsanlagen in den Justizvollzugsanstalten

werden wir weiter verbessern und modernisieren. Hierfür sieht der Entwurf eine deutliche Erhöhung des Ansatzes vor.

Kolleginnen und Kollegen, der kommende Doppelhaushalt schafft auch jenseits von Personal und Bau die Grundlagen für eine moderne, leistungsfähige Justiz. Ich möchte nur einige Beispiele nennen. Für die IT stehen den Gerichten und Staatsanwaltschaften in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt 73,4 Millionen Euro zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden wir den hohen Standard des IT-Einsatzes in der bayerischen Justiz halten und die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte mit dem E-Justice-Arbeitsplatz vorantreiben. Damit wollen wir die Kommunikation zwischen den Justizbehörden und den Bürgern, der Wirtschaft sowie weiteren Stellen künftig erheblich verbessern. Ich weiß, Herr Kollege Kränzlein, dass die Praxis durchaus noch skeptisch ist. Es gibt auch Kritik an einzelnen Punkten, die noch nicht funktionieren. Wir sind intensiv dabei, Probleme bei der bisherigen IT-Ausstattung zu lösen.

Eines ist klar: Ab 2018, spätestens 2020, müssen wir aufgrund bundesrechtlicher Vorgaben den elektronischen Zugang zu unseren Gerichten ermöglichen. Wir müssen verhindern, was es in anderen Ländern Europas durchaus gibt, dass unsere bayerischen Gerichte zu Druckereien der Anwaltschaft werden. Hoch spezialisierte Kanzleien belasten beispielsweise beim grauen Kapitalmarkt mit 300 bis 400 Seiten umfassenden Schriftsätzen die Gerichte. Wenn diese Schriftsätze künftig nur mehr elektronisch übermittelt werden und wir sie ausdrucken müssten, weil wir keinen elektronischen Workflow haben, würden wir unserer Justiz einen Bärenienst tun. Damit würden wir sie vor Herausforderungen stellen, die sie mit dem bestmöglichen Personalzuwachs nicht bewältigen könnte. Deshalb müssen wir alles daransetzen, dass wir bei der Entwicklung der IT gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit unseren Richterinnen und Richtern und mit unseren Staatsanwältinnen und Staatsanwälten vorankommen. Ich bin sehr optimistisch, dass wir dies gemeinsam mit

der Praxis bewältigen werden. Jedenfalls ist das notwendig, wenn wir unsere Justiz nicht vor grundsätzliche Probleme stellen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Sicherheitsstandards mit durchgängigen Zugangskontrollen haben wir an allen Gerichtsstandorten realisiert. Wir geben rund 36 Millionen Euro für bauliche Maßnahmen und Sicherheitspersonal aus. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, alle Verfahrensbeteiligten, Zeugen, aber auch die Öffentlichkeit, alle, die die Gerichtsgebäude aufsuchen, haben einen Anspruch darauf, sicher sein zu können, dass diese Gebäude frei von Waffen und gefährlichen Gegenständen sind. Wir alle wissen, dass es in der Vergangenheit tragische Vorfälle gegeben hat. Das ist gut investiertes Geld.

Der Opferschutz ist seit jeher ein ganz wichtiges Anliegen der bayerischen Rechtspolitik. Wir versuchen, die ambulante Nachsorge für entlassene Gewalt- und Sexualstraftäter weiter zu verbessern. Brutale Gewalt- und Sexualverbrechen sind immer wieder entsetzliche Realität und belasten die Opfer und ihre Familien schwer. Umso entsetzlicher ist es, dass diese Taten häufig von Wiederholungstätern begangen werden. Mit unseren drei psychotherapeutischen Fachambulanzen für Sexualstraftäter und den drei psychotherapeutischen Fachambulanzen für Gewaltstraftäter, die wir in München, Nürnberg und Würzburg aufgebaut haben, verfügen wir über ein spezialisiertes und gut funktionierendes ambulantes Nachsorgeangebot. Ich habe die Einrichtung in Würzburg kürzlich besucht und kann meine Hochachtung vor den jungen Frauen und Männern bekunden, die dort als Fachleute mit den gewalt- und sexualdeliktgeneigten Personen arbeiten. Dort wird eine wichtige Arbeit für den Opferschutz in Bayern geleistet; denn jedes Verbrechen, das vermieden werden kann, ist ein klares und wichtiges Signal für den Opferschutz in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, mit diesen Ausführungen bin ich auf die wesentlichen Punkte eingegangen. Herr Kollege Schindler, Sie haben das NSU-Verfahren in

München gelobt. Als Minister muss ich mich hier der Stimme enthalten. Sie haben auf die Bedeutung von Transparenz und Verständlichkeit in der Justiz hingewiesen. Das Ministerium hat dazu im vergangenen Jahr viel getan, zum Beispiel mit der verbesserten Ausbildung des Personals der Pressekontaktstellen in den Behörden. Wir werden uns auch weiterhin bemühen.

Die Einbindung der Praxis bei der Personalauswahl, also der Richterschaft und der Staatsanwaltschaft, ist sehr wesentlich. Hier wurden bereits deutliche Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen.

Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich auf Herrn Kollegen Dürr eingehen. Herr Kollege Dürr, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Ich habe in Ihrer Rede nicht gehört, dass Sie irgendetwas zum Haushalt gesagt hätten. Gut, jeder muss selbst entscheiden, wie er in einer Haushaltsrede agiert. Ich kann jedoch Ihre kühne Behauptung nicht stehenlassen, dass die Justiz über keinerlei Fehlerkultur verfüge und an einem Unfehlbarkeitsdogma festhalte. Herr Kollege Dürr, Sie müssten sich nur mit einer Anfrage an uns wenden, dann würden wir Ihnen aufzählen, wie viele Berufungs- und Revisionsentscheidungen in den Überprüfungsinstanzen erfolgt sind. Herr Kollege Dürr, das Akzeptieren einer unabhängigen Gerichtsbarkeit bedeutet nicht nur das Akzeptieren von Entscheidungen, die einem passen, sondern gerade auch das Akzeptieren von Entscheidungen, die einem nicht passen.

(Beifall bei der CSU)

Die Justiz ist ein vielfältiges System. Sie hat viele Instanzen und vielfältige Maßnahmen und Verfahren für eine formalisierte und deshalb willkürfreie Fehlerkontrolle aufzuweisen. Deshalb ist die Polemik, die Sie heute gebracht haben, von der Sache her vollkommen verfehlt.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Dürr, Sie haben viel geredet, aber nicht zum Haushalt. Es gibt zwei in der modernen Zeit recht berühmte Herren, ich weiß nicht, ob Sie sie kennen, nämlich die Herren Charles Waldorf und Herbert Statler. Frau Kollegin Mechthilde Wittmann kennt diese Herren sicherlich. Diese beiden Herren sitzen bei der Muppet-Show auf dem Balkon. Sie sehen sich das Geschehen auf der Bühne an, äußern nur beißende Kritik, aber keine konstruktiven Vorschläge oder gar Anerkennung. Herr Kollege Dürr, ich möchte Sie mit diesen beiden Herren nicht äußerlich vergleichen. Zu Ihrem Engagement in dieser Haushaltsdebatte kann ich aber sagen, dass Sie mich sehr stark an diese beiden Herren Waldorf und Statler erinnert haben.

Herr Kollege Dürr, mit einem solchen Politikansatz bekommen Sie vielleicht in der Presse Aufmerksamkeit, Sie kommen aber nicht in der Sache voran. Ich habe im letzten Jahr festgestellt, dass Sie das auch nicht wollen. Das ist Ihr Stil. Wir pflegen einen anderen. - Ich bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, ich habe noch zwei Wortmeldungen für eine Zwischenbemerkung, die eine stammt von Herrn Dr. Kränzlein, der jetzt dran ist, die andere von Herrn Kollegen Dr. Dürr. Herr Dr. Kränzlein, Sie haben das Wort.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Minister, ich hätte eine Zwischenbemerkung, die ich gleich mit einer Frage verbinden werde. Sie haben gerade die Verbesserungen im Justizvollzugsdienst hervorgehoben. Mir liegt ein aktuelles Schreiben vom Verwaltungsdienstleiter der JVA Landsberg vor. Darin steht, dass der Ist-Stand bei 155 Bediensteten liegt. Tatsächlich stehen permanent jedoch nur noch 121 Leute zur Verfügung. Alle dort Bediensteten haben derzeit 176 Überstunden. Ein Beamter wurde nach einem langen Suspendierungsverfahren entlassen. Die JVA hat an das Ministerium den Antrag auf Einstellung einer befristeten Aushilfskraft gerichtet. Dieser wurde

am 13. November 2014 von Ihrem Ministerium wegen der Stellensituation nicht genehmigt.

Die Anstalt hat noch in einem zweiten Punkt beim Ministerium händeringend um Hilfe gebeten: Zwei Hauptwerkmeister, der eine wurde seit dreizehn Jahren nicht mehr befördert, der andere seit zwölf Jahren nicht mehr, warten trotz guter Beurteilungen vergeblich auf ihre Beförderung. Nach Auskunft des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz stünden auch für derartige Härtefälle keine Beförderungsstellen zur Verfügung. - Meinen Sie nicht auch, dass hier noch erheblicher Nachholbedarf besteht und dass diese Situation keinesfalls mit einem rosa Zuckerguss übergossen werden darf?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Herr Kollege Kränzlein, ich glaube, ich habe in meiner Rede keinen rosa Zuckerguss über die Situation im Vollzug gegossen. Ich habe gesagt, dass die Personalsituation durchaus angespannt ist. Das liegt auch daran, dass mit den 200 Vollzugsbeamten, die wir zusätzlich ausbilden, bildlich gesprochen, in der Justizvollzugsschule in Straubing jede "Besenkammer der Ausbildung" belegt ist. In die Diskussion darüber habe ich wirklich alle Anstaltsleiter einbezogen. Wir mussten eine zeitliche Staffelung vornehmen, um die Qualitätsanforderungen des Vollzugsdiensts in Bayern hochhalten zu können. Wir sind auf einem guten Wege.

Ich weiß, dass es in den Anstalten unterschiedliche Belastungszahlen gibt. Ich verfolge das und versuche in einigermaßen gerechter Art und Weise, ausgleichend zu wirken. Wenn diese 200 Stellen voll im Vollzug angekommen sind, werden wir insbesondere in Straubing eine deutliche Entlastung erreichen. Das ist zwar keine voll befriedigende, aber eine ehrliche Antwort. Wir sind auf einem notwendigen Weg. Ich sage Ihnen auch: 1.300 aufgebaute Stellen insgesamt seit 1990 und ein Umbau des

Justizvollzugs – das ist eine Leistung, auf die der bayerische Vollzug stolz sein kann. Ich danke auch allen, die daran mitgearbeitet haben. Ich bin sicher: Wir werden auch die nächsten Jahre, bis die Stellen angekommen sind, gemeinsam bewältigen. Dazu biete ich jederzeit Gesprächsbereitschaft an.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Das Wort hat der Kollege Dr. Dürr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Minister, nicht immer, wenn man das Vergleichsniveau nur niedrig genug wählt, kommt man groß heraus.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich spreche nicht über Ihre Einlassungen am Schluss

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und ich verorte Sie auch nicht in der Muppet Show bei Miss Piggy oder woanders. Das mache ich wirklich nicht. Sie haben offensichtlich nicht mitbekommen, was ich zum Haushalt gesagt habe, und deshalb möchte ich von Ihnen ganz genau wissen: Wie viel Prozent mehr stehen Ihnen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Vergleich zum Vorjahr zur Verfügung? Wie viel Prozent, Herr Minister?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. - Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Herr Kollege Dürr, eine Frage ist noch keine Aussage. Ich freue mich, dass Sie mich mit dieser Frage daran erinnern, dass Sie in Ihrer Rede behauptet haben, Sie hätten bis heute noch

keine Antwort auf Ihre Anfrage hinsichtlich der Personalsituation und Arbeitsbelastung. Die Antwort auf diese Anfrage – daran sehen Sie einmal, wie der Kollege arbeitet – ist am 26. November 2014 rausgegangen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Dürr, schreien Sie nicht herum!

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Sie hatten mindestens eineinhalb Wochen Zeit, sich diese durchzulesen. Sie wollen sie hier nicht zitieren, weil sie für Sie zu positiv ist.

(Beifall bei der CSU)

Außerdem, Herr Kollege Dürr, entspricht es nicht meinem parlamentarischen Stil, dass ich mit einem Minister und Vertretern eines Hauses ausmache, nachdem Abfragen bei der Fachgerichtsbarkeit und anderen Häusern notwendig waren, dass es ausreicht, drei Monate Zeit für die Beantwortung zu beanspruchen, und hinterher werfe ich in einer Plenardebatte genau das einem Minister vor. Das halte ich für einen Stil, der eines vernünftigen, seriösen Politikers nicht würdig ist.

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Wo bleibt die Antwort?)

Wir haben innerhalb von acht Jahren insgesamt 210 Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen. Das ist eine Zahl, die sich sehen lassen kann, und damit möchte ich es an dieser Stelle auch belassen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3613 mit 3616, 3702 mit 3709, 3729, 3736 mit 3756 und 3864 sowie die Be-

schlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4428 zugrunde. Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung, Drucksache 17/4428, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen; das ist beantragt. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 04 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung. - Wir haben danach noch die Abstimmung zum Haushaltsplan, es ist also noch nicht zu Ende.

(Namentliche Abstimmung von 12.34 bis 12.37 Uhr)

Die Stimmabgabe ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. – Ich weise noch darauf hin, dass in der Mittagspause die Richterwahlkommission im Bayernzimmer tagt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 07 bekannt, Tagesordnungspunkt 4. Mit Ja haben 86 gestimmt, mit Nein 68; Stimmenthaltungen: Keine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit ist der Einzelplan 07 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen. – Ich bitte, auf allen Seiten des Hauses die Plätze einzunehmen und die Unterhaltungen einzustellen. Wir haben noch eine Abstimmung.

(Unruhe)

Ich fahre mit der Tagesordnung nicht fort, bis das geschehen ist. - Das gilt genauso für hier. - Entschuldigung, ich habe nur das gerade gesehen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/4595, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3941 und 3942 ihre Erledigung gefunden haben. Damit ist die Beratung des Einzelplans 07 abgeschlossen.

Ich gebe jetzt, nachdem das Ergebnis vorliegt, auch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 04, Tagesordnungspunkt 5 bekannt. Mit Ja haben 86 gestimmt, mit Nein haben 57 gestimmt, Stimmenthaltungen: 16.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende bekannte Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/4428, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3707 mit 17/3709 und 17/3745 ihre Erledigung gefunden haben. Damit ist die Beratung des Einzelplans 04 abgeschlossen.

Jetzt ist die Vormittagstagesordnung erledigt. Ich wünsche guten Appetit und vertage die Sitzung auf 13.10 Uhr. In einer halben Stunde treffen wir uns also wieder.

(Unterbrechung von 12.43 bis 13.13 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, wir fahren mit der Sitzung fort.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 5: Haushaltsplan 2015/2016; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz (Drucksache 17/4428)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse	X			Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güll Martin		X	
Bauer Volker	X			Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann			X
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim			X
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.			
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold			X
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes	X		
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp		X		Dr. Huber Marcel	X		
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg				Huml Melanie	X		
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			X				
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther			X				
Flierl Alexander	X			Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette		X	
Füracker Albert				Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther		X	
Ganserer Markus		X		König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold			
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	86	57	16

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 5

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzierung der Opferhilfe
(Kap. 04 02 Tit. 112 01 und neue TG)
Drs. 17/3613
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Privatisierung der Justiz – keine privaten Wachdienste in bayerischen Gerichtsgebäuden
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und Tit. 517 01)
Drs. 17/3614
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Elektronische Aufenthaltsüberwachung
(Kap. 04 04 Tit. 526 29)
Drs. 17/3615
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizopferentschädigungsfonds
(Kap. 04 04 neuer Tit.)
Drs. 17/3616
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/3702
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 422 21)
Drs. 17/3703
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/3704
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizwachtmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 517 01)
Drs. 17/3705
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3706
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/3729
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für die Provenienzforschung
(Kap. 04 01 Tit. 686 02)
Drs. 17/3864

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Forschungsprojekt zur Verbesserung der Fortbildung der Richter und Staatsanwälte im Hinblick auf die Qualität der Gutachten (Kap. 04 01 neuer Tit.)
Drs. 17/3736
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Forschungsprojekt zur Verbesserung der Qualität der Gutachten und der Qualifizierung der Sachverständigen (Kap. 04 01 neuer Tit.)
Drs. 17/3737
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschuss an die „Stiftung Opferhilfe Bayern“ (Kap. 04 01 neuer Tit.)
Drs. 17/3738
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausgaben für Gesundheitsmanagement (Kap. 04 02 Tit. 525 21)
Drs. 17/3739
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: Justizwachmeisterdienst: 100 neue Stellen für Justizoberwachmeister und Justizoberwachmeisterinnen (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/3740
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: 20 neue Stellen für Bewährungshelfer und Bewährungshelferinnen (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/3741
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: 100 neue Stellen für Richter und Richterinnen an Amts- und Landgerichten und 50 neue Stellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/3742
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: 100 neue Stellen für Rechtspflegeranwälter und Rechtspflegeranwältinnen (Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/3743
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: Servicebereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften: 100 neue Stellen für Schreibkräfte für Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 17/3744
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Fortbildung der Richter und Staatsanwälte im Hinblick auf die Qualität der Gutachten (Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 17/3746

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschuss für das Projekt „Schadenswiedergutmachung im Strafverfahren über anwaltliche Schlichtungsstellen“
(Kap. 04 04 Tit. 684 01)
Drs. 17/3747
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Psychotherapeutische Fachambulanz für entlassene Sexualstraftäter in Ostbayern
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 17/3748
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizvollzugsanstalten:
38 neue Stellen für Krankenpfleger und Krankenschwestern
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3749
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizvollzugsanstalten:
Verstärkung der Fachdienste: 35 neue Stellen für Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3750
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizvollzugsanstalten:
10 neue Stellen für Regierungsräte und Regierungsrätinnen
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3751
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizvollzugsanstalten:
Weitere 100 neue Stellen für Anwärter und Anwärterinnen des allgemeinen Vollzugsdienstes, Werkdienstes und mittleren Verwaltungsdienstes
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3752
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizvollzugsanstalten:
10 neue Stellen für Regierungsinspektoranwärter und Regierungsinspektoranwärterinnen
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3753
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Straffentlassenenhilfe
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 17/3754
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs
(Kap. 04 05 Tit. 686 02)
Drs. 17/3755
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Projekt „Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe“
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
Drs. 17/3756